



HESSISCHER LANDTAG

14. 11. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Hessen steht im Stau und in überfüllten S-Bahnen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:
 - a) Hessen steht im Stau. Die Geduld der Bürgerinnen und Bürger wird jeden Tag von der schwarz-grünen Verkehrspolitik auf eine harte Probe gestellt. Pendlerinnen und Pendler müssen bei ihrem Weg zur Arbeit fast täglich mit Beeinträchtigungen durch Staus auf den Straßen rechnen. Diese Stausituation in Hessen schadet den Menschen, der Wirtschaft und der Umwelt. Der Versuch der schwarz-grünen Landesregierung, hier effektive Abhilfe zu schaffen, ist nicht zu erkennen. Die Antwort des grünen Verkehrsministers Al-Wazir, auf den ÖPNV auszuweichen, ist für die Menschen in Hessen keine Lösung, denn vor allem die Züge im Ballungsraum sind auf den relevanten Strecken überfüllt und mehr Kapazität ist derzeit nicht möglich. Neben der fehlenden Kapazität gibt es erhebliche Mängel, die zu Verspätungen und Ausfällen führen. Die Pendlerinnen und Pendler haben also die Wahl zwischen dem Stau auf der Straße und der überfüllten Bahn. Diese prekäre Situation wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit durch das Landes-Ticket Hessen und das Schülerticket nicht verbessern.
 - b) Hessen leidet unter einem enormen Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur, die während der Regierungszeit der CDU seit 1999 vernachlässigt wurde. Die hessischen Straßen und Schienen sind in den letzten 18 Jahren auf Verschleiß gefahren worden. Fast die Hälfte der Straßen und Brücken im Land ist in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Und der Zustand wird nicht besser, wenn die Landesregierung weiterhin weniger Geld zur Verfügung stellt, als allein für den Erhalt des Status quo erforderlich wäre. An spürbare Verbesserungen bei den maroden Straßen ist bei dieser Unterfinanzierung überhaupt nicht zu denken.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, in einem umfassenden Konzept darzulegen, wie sie die Stausituation in Hessen verbessern will, und dem Landtag regelmäßig hierüber Bericht zu erstatten. Ein Ansatzpunkt ist das Baustellenmanagement. Die bisherigen Bemühungen sind sicherlich sinnvoll, hier ist aber eine konsequente Weiterentwicklung erforderlich. Die fehlende Weiterentwicklung ist u.a. auch auf den Personalabbau bei Hessen Mobil zurückzuführen. Zudem muss das Notfallmanagement bei Staus professionalisiert werden, insbesondere die Koordination der beteiligten Stellen kann auch mithilfe der Digitalisierung entscheidend verbessert werden. Eine wesentliche Ursache für Staus sind Unfälle. Hier tut Hessen zu wenig, um insbesondere bei Unfällen mit Lkws vorbeugend durch konsequentere Überwachung und Kontrollen sowie durch Initiativen über den Bundesrat verpflichtend Systeme zur Unfallvermeidung bei Lkws zu fordern, die es auf dem Markt gibt. Es sollte zudem überprüft werden, ob es nicht eine gesetzliche Verpflichtung geben sollte, dass die Halter von Lkw auch für die mittelbaren Schäden durch Staus einstehen sollten. Dies könnte den Druck, in die Sicherheit von Lkws zu investieren, erhöhen. Um den Umstieg von Gütern von der Straße auf die Schiene wirklich voranzutreiben, wird die Landesregierung aufgefordert, ihren Anteil am Ausbau und Erhalt der erforderlichen Infrastruktur zu intensivieren und endlich tatsächlich zu fördern.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, umfänglich darzulegen, wie sie den ÖPNV und insbesondere den SPNV ausbauen will. Neben einer Verkürzung der Planungszeiten, bei gleichzeitiger früherer Beteiligung der Bürger, müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zeitnah bereitgestellt werden. Schon heute könnte der schienengebundene Nahverkehr in Frankfurt/Rhein-Main und in den Verdichtungsräumen in Mittel- und Nordhessen einen signifikant höheren Anteil an Menschen befördern. Die dafür notwendige Infrastruktur und die Leistungsangebote sind aber nicht in dem benötigten Umfang vorhanden.

4. Die Landesregierung wird erneut aufgefordert, ein integriertes Verkehrskonzept vorzulegen, um den Veränderungen im individuellen Mobilitätsverhalten und wirtschaftlichen, ökologischen und regionalen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Schließlich sind die Herausforderungen an die Infrastruktur im Ballungsraum und im ländlichen Raum vollkommen unterschiedlich.

Begründung:

Das gravierende Stauaufkommen wird von der Landesregierung mit einer großen Anzahl von Baustellen begründet, um dem seit Jahren bestehenden Sanierungstau zu begegnen. Diese Antwort kann für die Pendlerinnen und Pendler keine zufriedenstellende sein, denn diese müssen die verfehlte Infrastrukturpolitik der letzten CDU-geführten Landesregierungen ausbaden. Genauso verhält es sich mit der Begründung der Landesregierung zu den überfüllten S-Bahnen und der fehlenden Schieneninfrastruktur. Die Landesregierung führt hier die langen Planungszeiten für wichtige hessische Schienen-Projekte an. Diese Erkenntnis kommt viel zu spät. Die CDU-geführten Landesregierungen hätten lange erkennen müssen, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht und die Planungszeiten beschleunigt werden müssen.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich seit Langem dafür ein, den Haushalt für Landesstraßen besser auszustatten. Die SPD-Fraktion wird in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/ 2019 zusätzlich jeweils 40 Mio. € zum bestehenden Landesstraßenbausetat fordern. Die Bauprojekte, die jetzt zwingend erforderlich sind, werden nun auch noch verzögert, weil Hessen Mobil aufgrund des jahrelangen Personalabbaus, verantwortet von der CDU-geführten Landesregierung, Ingenieure fehlen. Die Landesregierung versäumt es weiterhin, diesen Personalabbau zu stoppen. Hatte Hessen Mobil Anfang der 1990er-Jahre noch 5.000 Stellen, sind es aktuell 3.374 Beschäftigte auf 3.176 Vollzeitstellen, und damit hat ein Abbau von 40 Prozent stattgefunden.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert seit Langem, dass diese verfehlte Personalpolitik bei Hessen Mobil endlich gestoppt werden muss. Im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt wird die SPD-Fraktion jeweils 30 Stellen für Ingenieure und Techniker für die Jahre 2018 und 2019 fordern. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, hier endlich zu handeln und gegenzusteuern.

Wiesbaden, 14. November 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel